

# SPD Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

Redaktion: Braunschweig

Schließfach 399

Fernsprecher Nr. 2367

spd Nr. 11 - 10.7.46

## Die neuen Kandidaten

spd- Den wichtigsten Faktor bei den kommenden Wahlen in den britischen Zone bilden die Kandidaten. Die Öffentlichkeit muss deshalb das Hauptaugenmerk auf die Auswahl und Nennung ihrer zukünftigen Vertreter in den Gemeinden und Kreisen richten.

Die Wahlen bringen für den deutschen Wähler einen völlig ungewohnten und neuen Stimmzettel, da auf diesem nicht Parteien, sondern Personen verzeichnet sind. Dem Wähler wird die Entscheidung ferner dadurch erschwert, dass die Parteizugehörigkeit der einzelnen Kandidaten nicht angegeben werden darf. Die einzelnen Kandidaten werden lediglich alphabetisch geordnet aufgeführt. Der Stimmzettel enthält die Namen der Kandidaten, ihre Berufe und Anschriften, er bietet dem Wähler aber keinerlei Charakteristik der Kandidaten. Das bedeutet, dass sich der Wähler vor der Wahl ein genaues Bild über die einzelnen Kandidaten macht, namentlich über politische und charakterliche Einstellung.

Wer als Kandidat auftreten will, muss um die Anerkennung der Militärregierung nachsuchen. Zu diesem Zweck muss dem Wahlleiter mindestens einen Monat vor dem Nennungstage, das ist für die Kommunalwahlen der 31.7. und für die Kreiswahlen der 28.8., ein besonderes beim Wahlleiter erhältliches Formular eingereicht werden. Ferner muss am Nennungstage, das ist also für die Kommunalwahlen der 31.8. und für die Kreiswahlen der 28.9., ein weiterer von der Militärregierung vorgeschriebener Vordruck mit 22 Unterschriften aus dem Wahlbezirk, in dem der Kandidat aufzutreten wünscht, eingereicht werden. Einer der 22 Unterscribenen gilt als Vorschlagsführer, ein anderer als Stellvertreter (auch dieser Vordruck ist beim Wahlleiter erhältlich).

Zur Nennung der Kandidaten ist weiter zu beachten, dass der Kandidat am Nennungstage das 25. Lebensjahr erreicht haben muss. Er muss 18 Monate ohne Unterbrechung vor dem Nennungstage im Melderegister seines Wahlkreises geführt sein, im dem er als Kandidat auftreten will. Dieser Termin kann auf 3 Monate herabgesetzt werden, wenn der Kandidat vor weniger als 12 Monaten vor dem Nennungstage aus politischer Haft entlassen wurde, d.h. also, er muss nach dem 31.8.45 aus der politischen Haft entlassen worden sein. Hierzu ist zu sagen, dass bei Einhaltung dieser Bestimmung die Mehrzahl der nach dem Zusammenbruch aus der politischen Haft Entlassenen nicht kandidieren könnte, da der grösste Teil von ihnen vor dem 31.8.45 entlassen worden ist. Die Sozial-

demokratische Partei hat die Militärregierung wiederholt auf die Schwierigkeiten verwiesen und hofft, dass zumindest im Punkte der politischen Häftlinge eine Änderung zugestanden wird.

Durch diesen 18-Monate -Termin kann auch die Mehrzahl der Flüchtlinge nicht kandidieren. Im Interesse der Flüchtlinge hat die SPD darum gefordert, dass dieser Termin herabgesetzt wird, um die Wählbarkeit der Flüchtlinge auf eine breitere und gesündere Basis zu stellen. Es darf gehofft werden, dass den Vorstellungen der SPD Erfolg beschieden ist.

Starke Beachtung muss den Bestimmungen geschenkt werden, die eine Kandidatur ausschliessen. Es scheiden als Kandidaten aus: Alle aktiven Offiziere der früheren Wehrmacht, ferner die ehemaligen Mitglieder der NSDAP, SA, NSF, des NSKK und NSFK, des Stahlhelm, Herrenklub und NSDSTB.

Aus der vornationalsozialistischen Zeit dürfen die Mitglieder der nachstehenden Organisationen nicht als Kandidaten auftreten: Deutsch-Völkische Freiheitspartei, Völkisch-Soziale Arbeitsgemeinschaft, Bund Völkischer Frontkämpfer, Tannenbergbund, Wikingbund, Bund "Werwolf", Organisation Rossbach, Bund Oberland.

Die Kandidaten machen sich den Wählern selbst bekannt. In den einzelnen Wahlbezirken werden öffentliche Parteiversammlungen abgehalten werden, in denen jeder einzelne Kandidat das Wort ergreift. Hierbei braucht er kein stundenlanges Referat zu halten; er wird dort seine Stellungnahme zu den besonderen Problemen der Gemeinde oder seines Wahlbezirkes abgeben. Auf diese Weise kann sich der Wähler über jeden Kandidaten ein persönliches Bild machen. Nach britischem Vorbild kann jeder Kandidat eine portofreie Postsendung an die Wähler seines Bezirkes schicken, in der er sozusagen brieflich seine Ansichten darlegt. Sicherlich wird es noch mehrere Wege geben, auf denen die Kandidaten mit den Wählern in Verbindung treten, so auch den persönlichen Besuch in möglichst vielen Familien.

Es ist ein ganz neuartiges Wahlsystem, das hier funktionieren soll. Die ganze Wahl ist auf die Persönlichkeit des Kandidaten abgestellt. Seine Partei tritt in den Hintergrund. Aus früheren Zeiten sind uns die Kommunal- und Kreiswahlen als Parteiwahlen bekannt. Die Parteien traten mit ihren Programmen auf. In der nächsten Zukunft wird von den Gemeinden und Kreisen eine nie dagewesene Aufbauarbeit verlangt. Bei der Förderung des Selbstverwaltungsgedankens müssen die Gemeinden weit mehr als früher auf die eigene Initiative bedacht sein. Der Wähler wird deshalb den Kandidaten die Stimme geben, die das beste Programm und die klarste Idee vertreten und die ihnen in ihrer Persönlichkeit zugleich als Garant für die Durchführung der gestellten Aufgaben erscheinen. Insofern handelt es sich bei den bevorstehenden Kommunal- und Kreiswahlen doch um politische Wahlen, denn keine Idee ist ohne Beziehung zur Weltanschauung und zu einem politischen Programm zu verwirklichen und kein wirklich praktischer Entschluss ist ohne Erwägung der politischen Möglichkeiten auszuführen. Die Sozialdemokratie hat vor allen anderen Parteien den Vorrang, dass sie in der Lage ist, geschulte Männer und Frauen mit sicherem Blick für das Mögliche und mit starkem Willen zur Erreichung des Erstrebten herauszustellen.

## Reform des Grundbesitzes

---

spd.- Die Verwaltungsleiter der rheinisch-westfälischen Stadtkreise haben in einer Konferenz in Oberhausen die Voraussetzungen geprüft unter denen die Städte die dringend notwendige Arbeit des Wiederaufbaues grosszügig beginnen könnten. Die Konferenz war sich darüber einig, dass die bestehenden Gesetze, die den Städtebau betreffen, nicht ausreichen, um gemeinnützige Massnahmen treffen zu können, wie sie heute in einem bisher nicht gekannten Umfange erforderlich erscheinen. Es sind insbesondere private Wünsche und es sind die Besitzverhältnisse am Grund und Boden, die viele der Pläne durchkreuzen, die von den Stadtverwaltungen zur schnellen Behebung der Kriegsschäden ausgearbeitet wurden. Es ist deshalb bemerkenswert, dass vor allem die Bewirtschaftung des Grund- und Bodens in den Städten als unaufschiebbar reformbedürftig bezeichnet wurde.

Die Konferenz der westdeutschen Städtebauer hat damit den Finger auf eine Wunde gelegt, die nicht erst seit Kriegsende schmerzt, sondern die seit Jahrzehnten dringend der Behandlung und Heilung bedarf. Das Bodenrecht in den dichtbevölkerten Städten Deutschlands blieb bis zur Stunde im Prinzip unverändert so, wie es in der Mitte des vergangenen Jahrhunderts sich herausgebildet hatte und berücksichtigte nicht die fundamentalen Änderungen, die aus der Bevölkerungszunahme notwendig erschienen. Auch die Folgen des ersten Weltkrieges haben keine Änderung gebracht, so dringend nötig diese zur Besserung der sozialen Verhältnisse in den Städten erschien. Nach dem zweiten Weltkrieg aber dürfte es nicht mehr strittig sein, dass jegliche Eigentumsvorrechte und private Interessen endgültig zu beseitigen sind, dass vielmehr lebenswichtige Allgemeininteressen unter allen Umständen den Vorrang haben müssen. Die Bewirtschaftung des Grund und Bodens in den Städten sind nicht minder dringend als die Bodenreform auf dem Lande. "Die Verwaltung brauchen schnelle Baubereichsvorrechte, schnelle Enteignungs-, Umlegungs- und Fluchtlinienverfahren zur Neuordnung von Bauland, Strassen, Plätzen und Grünflächen", so heisst es in der Entschliessung der westdeutschen Stadtkreise. Aber diese Begründung weist nur auf einige technische Erfordernisse hin, das Prinzip der Sozialisierung fordert mehr.

---

## Die dänischen Absichten auf Schleswig

---

Von Friedrich Wendel

Die durch die Volksabstimmung vom 14. März 1920 geregelten Grenzverhältnisse zwischen Dänemark und Deutschland in Schleswig-Holstein haben beide Länder befriedigt. Eine zahlenmässig nur kleine Gruppe von Extremisten in Dänemark hat jedoch seit 1920 immer wieder für eine Verschiebung der Grenze nach Süden Stimmung gemacht, die etwa bis zu der Linie Tönning, Rendsburg, Eckernförde reichen sollte, also bis zur sogenannten Eiderdänen-Linie. Da auf Grund der Stimmenabgabe vom 14. März 1920 diese dänische Gruppe niemals hoffen konnte, eine sie befriedigende Grenzziehung in erneuter Abstimmung zu erhalten, arbeitete sie nicht nur mit den bekannten, der dynastischen Geschichte der ehemaligen Herzogtümer entnommenen Argumenten, sondern lies sich etwas Neues einfallen: sie behauptete, dass die gesamte Bevölkerung dieses Gebietes eigentlich dänisch sei und ursprünglich einmal zu Dänemark gehört habe. Sie sei nur ein-

gedeutet worden. Die Scharen deutscher Bauern und Handwerker, die nie in ihrem Leben einen dänischen Satz zusammenhängend gesprochen noch solchen von ihren Eltern und Grosseltern vernommen hatten, hörten mit an, dass sie sich nunmehr - Sprache hin, Sprache her - im Herzen dänisch fühlten. Der Einfall erwies sich als ein politischer Fehlschlag. Die von deutscher Seite beobachtete korrekte Innehaltung des der dänischen Minderheit in Schleswig vertragsmässig zustehenden Schutzes, der wesentlich sozialdemokratischer Politik und Staatsarbeit zuzuschreiben war, ist von allen beteiligten Seiten stets anerkannt worden. Die verantwortlichen Politiker Dänemarks haben auch nach dem Zusammenbruch des Nazismus keine neue südlichere Grenze gefordert.

Leider haben sich andere Dänen anders verhalten. Die dänischen Reichstagswahlen brachten im Herbst 1945 eine bürgerliche Mehrheit ans Ruder. Diese ersuchte die Alliierten, Dänemark zu den Beratungen über die deutschen Grenzen hinzuziehen. Noch überraschender war das Verlangen nach einer verwaltungsmässigen Trennung Schleswigs von Holstein unter Einsetzung einer von der Bevölkerung zu wählenden eigenen Regierung, wobei die Flüchtlinge ausgeschlossen werden sollen. Dieses Verlangen hat in englischen Kreisen starke Beachtung gefunden. Die Botschaft von einer möglichen Eigenstaatlichkeit Schleswigs hat in Deutschland die Elemente aufhorchen lassen, die aus mehr oder minder ehrenwerten Gründen an den Ideen eines selbständigen Schleswig-Holstein festhielten, die 1848 einmal aktuell waren, aber auch jene Kreise, die sich jetzt vor dem deutschen Jammer drücken wollen. Sie brauchten nicht einmal separatistisch aktiv zu werden, diese Separatisten: würde erst einmal jenes staatliche Sondergebilde Schleswig da sein, herausgehoben aus dem deutschen Kalorienatz, der Steuerstufung, dem Reparationszwang und der voraussichtlich sich sehr problematisch gestaltende Profitrate, so würde man weiter sehen. Inzwischen taten die von der dänischen Minderheit ganz uneigennützig auch an deutsche Mägen verteilten Speckpakete ihre Arbeit.

Das ist ein Grenzgezerre, das künstlich entfacht wurde - als ob Europa nichtschon genug Sorgen hätte. Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands wird sich diesem Treiben schon deshalb entgegenwerfen, weil sie den guten politischen Ruf zu verteidigen hat, den sie sich zu diesem Thema durch die im wesentlichen ihrer Initiative zuzuschreibende Haltung von 1920 erwarb. Sie hat mit Genugtuung die Äusserungen des Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Partei Dänemarks, Hans Hedtoft, auf einer Parteiversammlung in Kopenhagen zur Kenntnis genommen, sich in einer für die Zukunft Dänemarks entscheidenden Frage von Augenblicksstimmungen deutscher Volkskreise leiten zu lassen. Weit über die Grenzen der Provinz Schleswig-Holstein hinaus hat die Entschliessung des Bezirksvorstandes der SPD der Provinz vom 19. Juni 1946 zur Schleswiger Frage Beachtung gefunden, die jede Veränderung des bestehenden staatsrechtlichen Zustandes kategorisch ablehnte. Die Entschliessung forderte vielmehr Anerkennung der durch die Volksabstimmung von 1920 festgelegten gegenwärtigen Grenzen, Verhinderung jeder nationalistischen und chauvinistischen Agitation, sie forderte auch Entlastung Schleswig-Holstein von der übermässigen Belegung von Flüchtlingen und Sicherung des Minderheitenschutzes, wie selbstverständlich Achtung des Volkstums und Kultur der anderen.

## Humor - ein trauriges Kapitel

spd. Wer sich in Deutschland beruflich mit dem Humor zu befassen hat, der hat nichts zu lachen. Es ist ein wahrhaft trauriges und bedrückendes Kapitel.

Vielleicht hätten wir Deutsche es viel leichter, wenn man uns nicht in der grossen, weiten Welt - und keineswegs ohne Berechtigung - für völlig humorlos halten würde.

Es gibt ein allzu gewichtiges Wort in der deutschen Sprache, das uns am frohen oder auch selbstironisierenden Lächeln hindert: das Wort Ehre. Es gibt eine Berufs- und eine militärische Ehre, eine Beamten- und eine allgemein moralische Ehre und noch manche andere Ehren... Sicher ist die Ehre ein hoher sittlicher Wert, aber kaum in der Auslegung, die man ihm oft gibt.

Ein Schriftsteller, der sich bemüssigt fühlen sollte, einen beschwipsten Kirchturmhahnvergolder in einer Novelle zu schildern, kann den Tag ausrechnen, an dem geharnischte Protestschreiben vom Reichsverband der Kirchturmhahnvergolder bei ihm eintreffen. "Wie können Sie es wagen", so wird es ungefähr lauten, "einen Kirchturmhahnvergolder, der jeden Tag sein Leben im Dienste der Allgemeinheit aufs Spiel setzt als einen Trunkenbold zu schildern! Sie haben uns in unserer Berufs- und Ehre angegriffen, und wir werden nicht verfehlen..." Na und so weiter.

Das ist Mangel an Humor! Wo man lächeln sollte und sich an einer lustigen Szene erfrischen könnte, da sucht man nach versteckten Absichten und gehässigen Boshaftheiten, da ist man böse und kommt mit dem schweren Geschütz der beleidigten Ehre angerückt. Man schießt mit der Kanone nach Spatzen. Für ein Weilchen versperrt dann der Pulverdampf die Aussicht, man wühlt auf beiden Seiten in den nebelhaften Schwaden, braut Be- und Entschuldigungen zusammen, bis sich der Rauch wieder verzieht und eitel Sonnenschein herrscht.

Wozu, so fragen wir, die ganze Aufregung? Die Kirchturmhahnvergolder bleiben die ehrenhaften Leute, die sie waren, bevor die Novelle erschien und trotz des Protestes ihres Verbandes trinken sie weiterhin am Sonnabendnachmittag, wenn sie Spass daran haben, ihr bescheidenes Gläschen. Der Schriftsteller erfindet weiterhin seine lustigen Geschichtchen, bis er mit einem neuen Beruf bei einem anderen Verband aneckt ...

Und wie es hier in der Schriftstellerei ist, so ist es im Kabarett, im Theater, in der politischen Rede, in allen Äusserungen des menschlichen Geistes.

Mein, mit Humor hat uns der liebe Herrgott nicht gesegnet. Wir stelzen stolz in der ganzen Würde unserer Eitelkeit und unserer schwerfälligen Ehrhaftigkeit dahin, und der Himmel gnade dem, der sich untersteht, mit ungewaschenen Fingern an unserer Drapierung zu zupfen.

Und da wundern wir uns, dass wir es so schwer auf der Welt haben ....

### Wie schaffen es die Volksschul-Studenten?

---

spd. Die Berliner Universität hat augenblicklich 3200 Studenten, von denen ungefähr 500 von auswärts kommen. Die medizinische Fakultät ist, wie wohl überall, mit ihren 1200 Mitgliedern die stärkste hier. Die Zahlen der männlichen und weiblichen Höherer insgesamt halten sich ungefähr die Waage. Von den zugelassenen Studenten ohne Abitur haben 70 nur Volksschulbildung.

Nach einem genau durchdachten Plan werden die Nichtabiturienten in Förderkursen herangebildet. Die Hörer mit mittlerer Reife haben weniger nachzuholen als die Volksschüler, die bei ihren 18 Stunden Förderkurs wöchentlich - neben den Vorlesungen - ein kaum zu bewältigendes Pensum vor sich haben. Wer es aber bewältigt, der hat wohl zur Genüge bewiesen, dass er mit Leib und Seele dabei ist und seine Zulassung berechtigt war.

Die Zulassung der Nichtabiturienten war jedoch eine Ausnahme, denn schon für das zweite Semester ist für sie der Besuch einer "Vorstudienchule" unerlässlich.

- - - - -

### Schwedische Solidarität

---

spd. Ein Zeichen echter internationaler Hilfsbereitschaft ist eine Spende, die von schwedischen Wohlfahrtsorganisationen an Deutsche gegeben wurde. Die Schweden haben zunächst Fischmarinaden in die westlichen Zonen geschafft und weitere Sendungen anderer Lebensmittel zugesagt. Dieser Akt menschlicher Hilfe über die Grenzen hinaus ist ein verheissungsvolles Zeichen beginnender innerer Gesundung. Zuvor hatte schon die Schweizer Arbeiterwohlfahrt in ähnlicher Weise die Colis Suisse-Aktion veranstaltet, die in vielen tausend bangen und fast verzweifelnden Herzen in Deutschland den Glauben an die Menschlichkeit und an den Sieg der Idee der internationalen Solidarität neu stärkte.

- - - - -

### Wirtschaftsprogramm in Vorbereitung

---

spd. Eine Kommission sozialistischer Wirtschaftler ist seit Wochen an der Arbeit, die Richtlinien für die Wirtschaftspolitik der SPD zu entwerfen. Nach der Zustimmung, die das Referat des Leiters des Zentralamtes für Wirtschaft in der britischen Zone, Dr. Agartz, auf dem Parteitag der SPD in Hannover im Mai dieses Jahres gefunden hat, bilden die Thesen dieses Vortrages die Grundlage der Arbeit des vorbereitenden Ausschusses. Das Wirtschaftsprogramm der SPD kann, wenn es einmal fertiggestellt sein wird, nur als Teil des Gesamtprogramms der Partei gesehen werden. Die aktuellen Aufgaben, die die Partei zur Lösung dringlicher Teilfragen zu erfüllen haben wird, bleiben von einer grundsätzlichen Regelung unabhängig.

---

Verantwortlich für Herausgabe und Inhalt: Fritz Säger, Braunschweig